

Abonnement: für Berlin vierteljährlich 6 M 75 P, für das deutsche Reich und ganz Deutschland 9 M incl. der Postveränderungsgebühren. Bestellungen nehmen an die Expedition, W. (S), Mohrenstraße 59, und sämtliche Postanstalten.

Inserate. — Die Beilagen:
Morgen-Ausgabe 4-gelapten 40 A. Columnen
resp. deren Zeile 300 M u. f. w.
Abend-Ausgabe 3-gelapten 60 A. — Sonntags
3-gelapten 1 M 50 P. — Columnen 450 M u. f. w.

National-Zeitung.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: der Wahlsieg; die kirchenpolitische Vorlage; Tagesbericht.
Das Ergebnis der Reichstagswahl.
Berliner Nachrichten.
Berliner Börsenbörse u. Waaren- u. Produktenmärkte.

* Berlin, 22. Februar. Der Wahlsieg.

Auf Grund der ersten bei uns eingegangenen Nachrichten drücken wir in der Morgennummer die Hoffnung auf ein erfreuliches Ergebnis der Wahlen aus; in diesem Augenblicke können wir, unter der Voraussetzung, daß die privaten Meldungen nicht von den amtlichen Feststellungen erheblich berichtigt werden, von der Gewissheit eines glänzenden Sieges der Septennats-Parteien, an welchem die National-Liberalen einen hervorragenden Antheil haben werden, sprechen. Zwar sind uns bis zum Schluß der Redaktion nur rund 140 von den 399 Wahlen bekannt; aber die uns noch unbekannten sind zum Teil weitestgehend sicher, bei denen die bisher im Besitz befindlichen Parteien (National-Liberale, Freikonservative, Konfervative, Centrum) ohne Zweifel die Mandate behaupten werden; und unter den 140 bekannten Wahlen befinden sich bereits die von 26 Wahlkreisen, welche der Mehrheit vom 14. Januar abgenommen sind, während die Septennats-Parteien bis jetzt nur einen halben Verlust zu verzeichnen haben: daß in Bremen der altbewährte Vertreter H. H. Meier sich einer Stichwahl unterziehen muß. Auch Herr Börmann im III. Hamburger und Herr Sehlmann im I. Münchener Wahlkreise kommen in die Stichwahl, aber beide hatten das Mandat auch 1884 erst in einer solchen erhalten.

Von den 52 Mandaten, welche die nationalliberale Partei bei der Auflösung bezieht, sind uns bereits 23 als wiedergewonnen gemeldet; die übrigen gehören überwiegend ländlichen Wahlkreisen an, in denen die Ergebnisse nicht so rasch zusammenzustellen sind. Als siegreich behauptet sind und folgende Wahlkreise bekannt: Mannheim (Dittens), Darmstadt (Ulrich), Wittweida (Schneider an Stelle von Penzig), Annaberg (Helmann), Konstanz (Koppel), Walden (Krafft), Karlsruhe (Fischer an Stelle von Hensperger), Kitzingen (Dettler), Odenwald (Gehrig), Weimarer (Reich), Jena (Meyer), Bielefeld (Böttcher), Bielefeld (Haarmann), Duisburg (Hammacher), Wolfenbüttel (Meurer), Gießen (Bader), Wiesbaden (v. Bernuth), Hildesheim (Struchmann), Marburg (Worms), Deichmüller (H. Anst.), Bielefeld (v. Benda), Leer (Hilft), Leipzig (Tröndlin). — Als von den National-Liberalen neu erobert werden und telegraphisch folgende 23 Wahlkreise bezeichnet, wozu wir bemerken, daß es bei einigen der dort gewählten Abgeordneten zweifelhaft ist, ob sie der National-Liberalen oder der freikonservativen Partei zuzurechnen sind: Friedberg (Miquel), Kempten (Keller), Meiningen (Leuschner), Sorau (Brauer), Grimberg (Fischer), Sondershausen (v. d. Alben), Osnabrück (Fischer), Pirna (Crumm), Dortmund (Klein), Hof (Wunderlich), Augsburg (Brach), Bielefeld (Hoffmann), Bielefeld (Hoffmann), Chemnitz (Maus), Jülich (Lampert), Stolberg (Karlmann), Kirchberg (Kurz), Stuttgart (Siegle), Weimar (Müller), Holzhausen (Kühnemann), Altkreis (Baumbach), Bamberg (Günther), Ansbach (Seibald). Außerdem sind National-Liberalen bereits bei 16 Stichwahlen in Wahlkreisen beteiligt, in denen sie das Mandat bisher nicht befehlen.

Von diesen 23 Wahlkreisen haben verloren: die Freisinnigen 12, das Centrum 3 (Kempten, Osnabrück, Angsburg), die Sozialdemokraten 5 (Königsberg im Königreich Sachsen), die Freikonservativen 3. Außerdem ist und gemeldet, daß die Freisinnigen Wittenberg und Paderborn an die Konservativen verloren haben; weiter haben sie definitiv Königsberg i. Pr. und Lübeck eingebüßt, wo Stichwahl zwischen National-Liberalen und Sozialdemokraten ist, so daß sich ihre bekannte Verlustziffer bereits auf 16 stellt. Die Sozialdemokraten erhöht sich durch Braunshweig auf 6. Die Welsen haben bis jetzt Goslar an die Freikonservativen verloren. Aus den bisher von den beiden konservativen Fraktionen befehligen Wahlkreisen liegen uns — es sind meistens überwiegend ländliche — nur relativ wenige Meldungen vor, aber es ist keine einzige von einem Verlust darunter. Bedauerlich ist, daß Baron Jörn von Bismarck in Wolsheim unterlegen ist, wie denn die Wahlen in Ost-Preußen durchweg kirchlich-protestantisch ausgefallen zu sein scheinen.

Eine wahrhaft zerschmetternde Niederlage hat die deutsch-freisinnige Partei im ersten Wahlgange erlitten. Von 64 Mandaten hatte sie den Reichstag verlassen — und bis jetzt sind drei deutsch-freisinnige Wahlen bekannt: Richter in Hagen, Barth in Hirschberg und Hermes an der verstorbenen Virchlet Stelle in Jauer! Sie werden wohl noch ein paar andere Wahlkreise gestrichen behauptet haben, aber ihre Hoffnung, im neuen Reichstag als Partei aufzutreten zu können, beruht fast ausschließlich auf den Stichwahlen, auf der ultramontanen und sozialdemokratischen Hilfe bei denselben. In Wittenberg und Paderborn sind die Sozialdemokraten, welche von ihren 25 Mandaten erst 6 in Sicherheit gebracht haben.

Wenn nicht Stichwahlen ganz unerwarteter Art im Rückstande sind, wird der 21. Februar 1887 sich als ein für das deutsche Reich heilvoller Tag erweisen.

Die kirchenpolitische Vorlage.

Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Änderungen der kirchenpolitischen Gesetze ist bereits heute im Herrenhause im Druck erschienen; er lautet:

Artikel 1. Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 wird, wie folgt, abgeändert und ergänzt:
§ 1. Die Bischöfe von Danzig und Rastenburg sind befugt, in ihren Diözesen Seminare zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen zu errichten und zu unterhalten. Auf diese Seminare finden die Bestimmungen des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 Anwendung.

§ 2. Die beschränkende Bestimmung im Absatz 4 des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 wegen des Besuchs der kirchlichen Seminare wird aufgehoben.
Artikel 2. Das Gesetz vom 11. Mai 1873 wird wie folgt abgeändert: § 1. An Stelle der Vorschriften in Nr. 2 und 3 des § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 tritt folgende Bestimmung: Der Einspruch ist zulässig: 1) wenn dafür erachtet wird, daß der Antragsteller aus einem Grunde, welcher dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen Gebiete angehört, für die Stelle nicht geeignet sei. 2) Ein staatlicher Zwang zur dauernden Belegung der Pfarrämter findet fortan nicht statt. Der § 18 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 wird aufgehoben.

§ 3. Gerichtliche Entscheidungen gegen Geistliche in den

Fällen des § 21 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 haben nicht von Rechts wegen die Entziehung der Stelle zur Folge. Die entgegenstehende Bestimmung aus anderen Orten wird aufgehoben.

Artikel 3. Die im Absatz 2 des Artikels 8 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 vorgeschriebene Verpflichtung der geistlichen Oberen zur Mitteilung kirchlicher Disziplinar-Entscheidungen an die Oberpräsidenten wird aufgehoben.

Artikel 4. Das Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vom 13. Mai 1873 wird aufgehoben. Nur § 1 dieses Gesetzes bleibt in Kraft.

Artikel 5. Das Gesetz vom 31. Mai 1875, betreffend die geistlichen Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche wird, wie folgt, abgeändert und ergänzt: § 1. Von den durch das Gesetz vom 31. Mai 1875 ausgeschlossenen Orden und ordensähnlichen Kongregationen können durch Beschluß des Staatsministeriums diejenigen wieder zugelassen werden, welche sich der Anstalt in der Seelsorge oder der Leitung der kirchlichen Nischenliebe widmen, oder deren Mitglieder ein bescheidenes Leben führen.

§ 2. Auf die wieder zugelassenen Orden und Kongregationen finden in Beziehung auf die Errichtung der einzelnen Niederlassungen sowie auf die sonstigen Verhältnisse derselben geistlichen Bestimmungen Anwendung, welche für die bestehenden Orden und Kongregationen gelten.

§ 3. Die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten sind ermächtigt, den bestehenden sowie den wieder zugelassenen Orden und Kongregationen die Anstellung von Missionaren für den Dienst im Auslande, sowie zu diesem Behufe die Errichtung von Niederlassungen zu gestatten.

Die Begründung lautet:

Mittels Schreiben des Ministers der geistlichen Angelegenheiten vom 8. April 1886 ist eine Note des Kardinal-Staatssekretärs Jacobini vom 4. April 1886 zur Kenntnis der Landesvertretung gebracht, welche nach Annahme und Verkündung des damals in der parlamentarischen Beratung begriffenen kirchenpolitischen Gesetzes die Erfüllung der ständigen Anfrage für den Fall aussetzt, daß der heilige Stuhl die offizielle Versicherung erhalte, daß man in nächster Zukunft eine Revision derjenigen früheren kirchenpolitischen Bestimmungen unternehmen werde, welche in der damaligen Vorlage nicht erwähnt worden.

Die gewünschte Versicherung ist sodann, wie gleichfalls der Landesvertretung durch Schreiben des Ministers der geistlichen Angelegenheiten vom 1. Mai 1886 mitgeteilt ist, dem heiligen Stuhle mittels der diesseitigen Note vom 23. April 1886 gemacht worden.

Nachdem inzwischen durch Verkündung der kirchenpolitischen Novelle vom 21. Mai 1886 und Erfüllung der seitens der Römischen Kurie gemachten Zusage der ständigen Anfrage die Voraussetzung für die in Aussicht gestellte weitere Revision der kirchenpolitischen Gesetze gegeben worden, hat die Staatsregierung nicht gezögert, in Vorverhandlungen mit der Römischen Kurie einzutreten, um in Beziehung ihrer Fürsorge für die katholischen Unterthanen Seiner Majestät des Königs und entsprechend den freundschaftlichen und vertrauensvollen Beziehungen zwischen ihr und der römischen Kurie, die Grundlage für eine Gesetzesvorlage zu gewinnen, welche den Zweck verfolgt, das Verhältnis zwischen dem Staat und der katholischen Kirche zu beiderseitiger Zufriedenheit auszugleichen.

Die Regierung Seiner Majestät hat sich hierbei nicht auf den Rahmen beschränkt, der durch die Noten vom 4. und 23. April 1886 vorgezeichnet war, nämlich auf eine Revision der in der vorjährigen Novelle nicht erwähnten, früheren kirchenpolitischen Bestimmungen, sondern einen Aufstand genommen, dem Wunsch der Römischen Kurie gern entgegenkommend, auch andere Gegenstände in den Kreis der Erwägungen zu ziehen, welche durch die Novelle vom 21. Mai 1886 Regeling gefunden haben. Sie darf hiernach die zuverlässigste Hoffnung hegen, daß der vorliegende Gesetzentwurf sich als geeignet erweisen wird, die Ziele, welche bei seiner Aufstellung leitend gewesen sind, zu verwirklichen.

Zu den einzelnen Bestimmungen des Gesetzentwurfs ist folgendes zu bemerken: Artikel 1. Durch Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 ist bestimmt, daß das theologische Studium auch an den zur wissenschaftlichen Vorbildung der Geistlichen geeigneten kirchlichen Seminaren zurückgelegt werden kann, welche bis zum Jahre 1873 bestanden haben. Es sind dies — abgesehen von den Seminaren für die Diözesen Gnesen-Posen und die Diözese Kulm — die theologischen Lehranstalten für die Diözesen Baderborn, Trier, Hildesheim und Fulda. Die Lehranstalten zu Trier und Fulda sind auf Grund des gedachten Artikels 2 bereits wiedereröffnet; die Wiedereröffnung der Lehranstalt zu Baderborn wird mit dem Beginn des nächsten Sommersemesters erfolgen, während die Wiedereröffnung der Lehranstalt zu Hildesheim bisher nur durch äußere Hindernisse verzögert worden ist. Der Entwurf beschließt nun im Artikel 1, und zwar im § 1, solche kirchliche Seminare fortan auch für die übrigen Diözesen zuzulassen, insofern in ihrem Sprengel katholisch-theologische Fakultäten nicht bestehen. Es sind dies die Diözesen Osnabrück und Bielefeld. Daß auf die neuen Seminare für diese beiden Diözesen die für die übrigen Seminare geltenden Bestimmungen des Artikels 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 Anwendung zu finden haben, ist selbstverständlich und bedarf einer besonderen Rechtfertigung nicht. Nur ist es die Absicht des Entwurfs, von diesen Bestimmungen diejenige in Absatz 4 des Artikels 2 zu befreien. Dieselbe beschränkt den Besuch der kirchlichen Seminare insofern, als dieser, falls der Minister der geistlichen Angelegenheiten nicht Dispens erteilt, nur denjenigen Studierenden gestattet wird, welche dem Sprengel angehören, für den das Seminar errichtet ist. Diese Beschränkung noch länger aufrecht zu erhalten, liegt ein andrer Grund nicht vor.

Artikel 2 hat den Zweck, einzelne Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Mai 1873 abzuändern, und zwar bezieht sich § 1 das Verfahren in Beziehung auf die Wahl der geistlichen Oberen zur Benennung der anzustellenden Geistlichen auf einer richtigen Grundlage zu ordnen, als dies im § 16 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 geschehen ist, welcher in seiner ursprünglichen Fassung lautete:

Der Einspruch ist zulässig:

- 1) wenn dem Antragsteller die geistlichen Erfordernisse zur Belegung des geistlichen Amtes fehlen;
- 2) wenn der Antragsteller wegen eines Verbrechens oder Vergehens, welches das deutsche Strafgesetzbuch mit Zuchthaus oder mit dem Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte oder dem Verluste der öffentlichen Ämter bedroht, verurteilt ist oder sich in Untersuchung befindet;
- 3) wenn gegen den Antragsteller Thatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß derselbe den Staatsgesetzen oder den innerhalb ihrer geltenden Zuständigkeiten erlassenen Anordnungen der Oberrichter entgegenwirken oder den öffentlichen Frieden stören werde.

Wenn nach der Absicht des Entwurfs von den vorstehend aufgeführten Rechtsfolgen die „Entziehung der Stelle“ in Wegfall kommen soll, so sind hierbei dieselben Motive leitend gewesen, wie bei der Bestimmung im Artikel 1 des Gesetzes vom 14. Juli 1880. „Man kann zugeben“, so war schon damals in den Motiven bemerkt, daß, da die Belegung der kirchlichen Ämter grundsätzlich der Anstalt gewährt, folgerweise auch die Entziehung derselben nicht in die staatliche Zuständigkeit fällt. Von diesem Gesichtspunkte aus hatte bereits bei Beratung des Gesetzes vom 11. Mai 1873 die ursprüngliche Fassung des § 21, wonach die Verurteilung zur Zuchthausstrafe die Ab-

erkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Fähigkeit zur Belegung öffentlicher Ämter, den „Verlust des geistlichen Amtes“ zur Folge haben sollte, im Landtage Anstoß erregt, weil damit der Schein erweckt werden konnte, als wolle der Staat durch staatliche Autorität eine Beendigung des kirchlichen Amtes aussprechen, welches doch nur von der Kirche verliehen sei und eine anderweitige Beendigung des § 21 veranlaßt, welche die Rechtsfolgen der gerichtlichen Verurteilung auf die — als Entziehung des staatlichen Exequatur charakterisierte — Entziehung der Stelle, die Unfähigkeit zur Ausübung des geistlichen Amtes und der Verlust des Amtseinkommens beschränkt. Es ist eine weitere Konsequenz dieser Auffassung, wenn manmehr in den Fällen des § 21 die Rechtsfolgen auf die Unfähigkeit zur Ausübung des Amtes und den Verlust des Amtseinkommens beschränkt werden sollen.

Artikel 3. Der Artikel 8 des Gesetzes vom 21. Mai 1886 schreibt im Absatz 2 vor, daß von einer Verweisung in eine Demeritenanstalt für länger als vierzehn Tage, oder einer Entfernung aus dem Amte dem Oberpräsidenten gleichzeitig mit der Zurückstellung an den Betroffenen Mitteilung zu machen ist. Die Verpflichtung der geistlichen Oberen zu dieser Mitteilung, an welche übrigens in dem Gesetze besondere Rechtsfolgen nicht geknüpft sind, soll, wie Artikel 3 des Entwurfs vorschlägt, aufgehoben und damit die Disziplinargewalt der geistlichen Oberen gegenüber den ihnen unterstellten Geistlichen von einer Schranke befreit werden, welche von der Kirche als eine Belästigung empfunden wird, für den Staat aber nicht von wesentlicher Bedeutung ist.

Artikel 4. Der Artikel 4 des Entwurfs hat das Gesetz über die Grenzen des Rechts zum Gebrauche kirchlicher Straf- und Zuchtmittel vom 13. Mai 1873 zum Gegenstand und nimmt die Aufhebung des ganzen Gesetzes mit Ausnahme des § 1 in Aussicht. Der letztere lautet: „Keine Kirche oder Religionsgesellschaft ist befugt, andere Straf- oder Zuchtmittel anzubringen, zu verhängen oder zu verhängen, als solche, welche dem rein religiösen Gebiete angehören oder die Entziehung eines inneren oder der kirchlichen oder Religionsgesellschaft betreffen. Straf- oder Zuchtmittel gegen Leib, Vermögen, Freiheit oder bürgerliche Ehre sind unzulässig.“

Die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, sind angegeben.

Gegen die Einspruchserklärung kann innerhalb 30 Tagen bei dem königlichen Gerichtshofe für kirchliche Angelegenheiten und, so lange dessen Einspruch nicht erfolgt ist, bei dem Minister der geistlichen Angelegenheiten Berufung eingelegt werden.

Die Entscheidung ist endgültig.

Nachdem die beiden letzten Absätze des § 16 bereits durch den Schlußsatz des Artikels 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1883 aufgehoben sind, will der Entwurf in der Umgestaltung der Vorschriften in Nr. 2 und 3 zu der Regierungsvorlage vom Jahre 1873 zurückkehren, welche den bewährten Bestimmungen in anderen deutschen Staaten sich anschließt, indem der staatliche Einspruch jetzt nur auf Gründe gestützt werden darf, welche dem bürgerlichen oder staatsbürgerlichen, nicht aber auch dem kirchlichen Gebiete angehören. Hervorzuheben ist hierbei, daß die Anordnung, wonach die Thatsachen, welche den Einspruch begründen, angegeben sind, von dem Entwurf nicht berührt wird und daher unangetastet bestehen bleibt.

§ 2. Der § 18 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 lautet: „Jedes Pfarramt ist innerhalb eines Jahres vom Tage der Entziehung, vom geistlich oder obreranzwärtig ein Gnadenjahr befreit, vom Tage der Entziehung der Pfunde an gerechnet, dauernd zu belegen. Die Frist ist vom Oberpräsidenten im Falle des Bedarfs auf Antrag angemessen zu verlängern. Nach Ablauf der Frist ist der Oberpräsident befugt, die Wiederbelegung der Stelle durch Geldstrafen bis zum Betrage von 1000 Thälern zu erzwingen. Die Anordnung und Festsetzung der Strafe darf wiederholt werden, bis dem Gesetze genügt ist. Außerdem ist der Minister der geistlichen Angelegenheiten ermächtigt, bis dahin Staatsmittel einzubehalten, welche zur Unterhaltung der Stelle oder desjenigen geistlichen Oberen dienen, der das Pfarramt zu belegen oder die Belegung zu genehmigen hat.“ — Wenn nun der Entwurf vorschlägt, den § 18 aufzuheben, so ist dabei die Erwägung maßgebend gewesen, daß ein staatlicher Zwang, um die dauernde Belegung erledigter Pfarrämter herbeizuführen, entbehrt werden kann, da schon nach den Satzungen des kanonischen Rechts die Wiederbelegung der Regel nach binnen sechs Monaten zu erfolgen hat. Es leuchtet auch ein, daß die dauernde Belegung der Pfarrämter weniger im Interesse des Staats, als vielmehr in demjenigen der Kirche liegt, um so mehr, als, wie bekannt, namentlich die Kirchengemeinden der Werth darauf legen, von dauernd angestellter Geistlichen seelsorgerisch bedient zu werden.

§ 3. Der § 21 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 lautet: „Die Verurteilung zur Zuchthausstrafe, die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte und der Fähigkeit zur Belegung öffentlicher Ämter hat die Entziehung der Stelle, die Unfähigkeit zur Ausübung des geistlichen Amtes und den Verlust des Amtseinkommens zur Folge.“

Die dem Artikel 4 des Entwurfs zu Grunde liegenden Erwägungen sind folgende: Die kirchlichen Straf- und Zuchtmittel sind doppelter Natur, insofern sie das forum internum oder das forum externum betreffen. Die das forum internum betreffenden freizugeben, erachtet man so weniger bedenklich, als dem Staat überließ die Möglichkeit fehlt, auf diesem Gebiete mit Erfolg einzugreifen. Es kommt hinzu, daß die Bestimmungen des Gesetzes, soweit sie auf die Verhängung der Gnadenmittel zu beziehen waren, bereits durch Artikel 15 der Novelle vom 21. Mai 1886 wirkungslos geworden sind, mithin in der Verhängung der Disziplin der Kirche das eigentlich wirksame Mittel bereits völlig frei gegeben ist. Soweit sich aber Straf- und Zuchtmittelgewalt auf das forum externum erstreckt, findet dieselbe in dem bestehenden § 1 eine bestimmte Schranke, deren Bedeutung darin liegt, daß gegen ihre etwaige Überschreitung das geltende bürgerliche Strafrecht den erforderlichen Schutz gewährt.

Artikel 5. Das Gesetz vom 31. Mai 1875 hat die Orden und ordensähnlichen Kongregationen der katholischen Kirche von dem Gebiete der preussischen Monarchie grundsätzlich ausgeschlossen und nur den Fortbestand derjenigen kirchlichen Niederlassungen freigegeben, welche bei Publikation des Gesetzes in der Monarchie bereits vorhanden waren, sofern sie sich in ihrer Tätigkeit auf die Krankenpflege beschränken. Durch die Novellen vom 14. Juni 1880 und 21. Mai 1886 ist letzteres Zugeständnis demnach dahin erweitert worden, daß bereits bestehenden geistlichen Genossenschaften, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmen, 1. die Errichtung von neuen Niederlassungen, 2. die Pflege und Unterweisung von nicht schulpflichtigen Kindern sowie die Leitung von bestimmten gemeinnützigen Anstalten als Nebenbätigkeit durch die Staatsbehörde gestattet werden kann. — Der Artikel 5 des Entwurfs schlägt vor, auf diesem Wege weiter vorzugehen und den Bedürfnissen des kirchlichen Lebens dadurch entgegenzukommen: 1) daß geistlichen Genossenschaften, welche schon vor Publikation des Gesetzes vom 31. Mai 1875 in Preußen vorhanden gewesen sind und sich ausschließlich a. der Anstalt in der Seelsorge oder b. der Leitung kirchlicher Nischenliebe oder c. einem bescheidenen Leben widmen, die Möglichkeit eröffnet wird, mit Genehmigung der Staatsbehörde nach Preußen zurückzukehren resp. ihre Ordensbätigkeit nach Maßgabe der einschlägigen Gesetze derselbi wieder anzunehmen; 2) daß allen in der Monarchie künftig bestehenden geistlichen Genossenschaften die Ausbildung von

Missionaren für den Dienst im Auslande Seitens der Staatsverwaltung gestattet werden kann.

Auch einer eventuellen Wiederaufnahme der im Jahre 1875 ausgeschlossenen geistlichen Genossenschaften dürfte durchschlagende Gründe nicht überall und unbedingt entgegenstehen. Die rein kontemplative Lebensweise in klösterlicher Gemeinschaft birgt ohne Weiteres noch keine Gefahr für den Staat und seine Interessen. Und ebensowenig läßt sich verkennen, daß für Seelsorge und Uebung der christlichen caritas eine Vermehrung der vorhandenen Kräfte den Bedürfnissen der katholischen Bevölkerung entgegenkommt. Es gilt das namentlich für die Anstalten im geistlichen Sinne während der kriegsreichen Zeit. Von dieser Erwägung aus ist dann auch in den Beleggebungen der süddeutschen Staaten eine hierauf bezügliche Ordensnützlichkeit nicht unter Verbot gestellt, sondern in ähnlicher Weise, wie in dem vorliegenden Entwurf, dem Staate nur die Möglichkeit gewahrt worden, die Wirksamkeit der geistlichen Genossenschaften den lokalen Verhältnissen anzupassen und jeder Ausdehnung des Klosterwesens über das Bedürfnis hinaus rechtzeitig zu begegnen.

Als das vorjährige kirchenpolitische Gesetz beschlossen wurde, haben alle Anhänger der kaiserlichen Sache — und wir mit ihnen — dieselben als endgültig aufgegeben betrachtet. Dadurch ist unser Standpunkt zu dem vorliegenden Entwurf von selbst gegeben. Wir können seinen Inhalt so wenig billigen, wie den einer der vorausgegangenen Novellen; aber insofern er zum größten Teil nur Konsequenzen dieser enthält, wäre es zwecklos, sich darüber zu ereifern. Die Bestimmungen über die Orden und Kongregationen führen auf ein von der bisherigen Revision nur gestreiftes Gebiet; nachdem den mit der Krankenpflege sich beschäftigenden geistlichen Genossenschaften, die niemals unterdrückt waren, bereits in den letzten Jahren Zugeständnisse gemacht worden, sollen nun auch die übrigen Orden und Kongregationen, mit Ausnahme der mit dem Unterricht sich beschäftigenden, wieder zugelassen werden. Diese Ausnahme kann wenigstens die Bedenken, welche im Uebrigen durch die Abänderung des Ordensgesetzes hervorgerufen worden, einigermaßen abschwächen. Auf die Jesuiten, welche bekanntlich durch Reichsbescheid ausgewiesen sind, bezieht die Vorlage sich selbstverständlich überhaupt nicht.

Der „Pester Lloyd“ bemerkt scharf, wie A. Hirsch's Bureau aus Pest meldet, die Meldung des kaiserlichen Bureau über Zustimmung Österreichs zu einer russischen Okkupation Bulgariens. Im Ernstfalle könnte Rußland nur ein kleines Okkupationsgebiet durchbringen, England würde den Seeweg und Rumänien den Landweg verlegen, Österreich brauchte gar nicht zu operieren.

Die gestrigen Wiener Abendblätter veröffentlichten die kaiserlichen Handschriften an die Grafen Kalnoth und Tassie, durch welche die österreichisch-ungarischen Delegationen zu der angekündigten außerordentlichen Session auf den 1. März nach Pest einberufen werden.

Das neue italienische Ministerium ist zwar noch nicht endgültig konstituiert. Der politische Charakter des neuen Ministeriums ist jedoch dadurch festgestellt, daß Depretis, wie bereits gemeldet, das Präsidium, Robilant das Portefeuille des Auswärtigen, Magliani die Finanzen übernimmt. Letzterer tritt ebenso wie der Minister des Innern Saracco neu in das Ministerium ein. Die Massowah-Angelegenheit ist in jüngster Zeit hinter der allgemeinen auswärtigen Politik einigermaßen zurückgetreten, und die römische Presse erörtert eifrig die Eventualität des bevorstehenden Abbruches des Anschlusses Italiens an das deutsch-österreichische Bündnis. Insbesondere wird auf die Vortheile hingewiesen, welche Italien aus der Erneuerung des bezüglichen Abkommens ziehen könnte. Aus Massowah wird dem „Diritto“ gemeldet, daß das Ministerium für den von ihm gelangenen Chef der wissenschaftlichen italienischen Expedition Salimbene ein Lösegeld in Höhe von 100 000 Maria Theresia-Thalern fordere. Der italienische Transportdampfer „Graf Cavour“, der im Begriff steht, sich nach Massowah zu begeben, führt unter anderem auch zwei Dampfboote für die Küstenverteidigung an Bord.

Weitere Wahlergebnisse.

Sachsen.

Altenstein-Rössel. Domherr Borowski (Centr.) gewählt. Holland-Mohrungen. Wichmann-Radungst (Centr.) mit großer Majorität gewählt.

Westpreußen.

Thorn-Kulm. v. Eganied (Vole) 680, Dommes (nationale Partei) 480, Borgewall (Kathol.) 85.

Brandenburg.

Potsdam. In Potsdam erhielt Dr. Schneider dfr. 2877, Rauchhaupt konf. 3917, Viefänder Soz. 619; in Spandau 2801, 1895 mit Dr. Hachmann, biser 6556, 6594, 735. Stichwahl zwischen Schneider und Rauchhaupt.

Prenzlau. v. Wedell-Malschow (Centr.) mit großer Majorität gewählt.

Obernau. (Priv.-Tel.) Frhr. v. Ederstein-Prödel (Kath.) 7239, Althaus (Kath.) 6570 (bisher Graf Hache).

Guben-Rüben. (Priv.-Tel.) Prinz Schönaich-Carolath (Kathol.) wiedergewählt.

Schlesien.

Grünberg. Wahl des Fürsten Carolath (Kathol.) gesichert.

Gröb. Stichwahl zwischen Euders (Kath.) und v. Seidenitz (Kathol.).

Waldenburg. Stichwahl zwischen Weßky (nat.-lib.) und Ebertz (Kath.).

Wollfshagen. Hermes (Kath.) gewählt.

Reiffe. Horn (Centr.) gewählt.

Reichshaus. Klose (Centr.) gewählt.

Beuthen-Tornowitz. (Priv.-Telegr.) Szynala (Centrum) gewählt.

Grünberg-Freilicht. (Priv.-Telegr.) Fürst Carolath (nat.) 7126, Träger 6885 St. Wahl des Fürsten Carolath gesichert.

Mittich-Trebnitz. Wiederwahl des Fürsten Hagfeldt (Kath.) unzweifelhaft.

Pommern.

Temmin. v. Malsch-Guth Wahl ist gesichert.

Wagenwalde. v. Massow-Rohr wiedergewählt.

Strolund. Wiederwahl Delbrück scheint gesichert.

Greifswald-Grümmen (Stadt). Die Wiederwahl des Grafen Behr (Kath.) ist gesichert.

Posen.

Frankfurt. (Priv.-Telegr.) Stichwahl zwischen v. Reinbaben (Kath.) und Prinz Radziwill (Vole).

Zamter-Bornitz. v. Kallied (Vole).

Rejers-Bornitz. v. Kuruk-Bornitz (Kath.).

Aut-Kosien. Dr. v. Mycielski (Vole).

Arben. Fürst Adam Gortchowski (Vole).

Schrimm-Schroda. v. Gäwe (Vole).

Wreschen-Wreschen. Magdzinski (Vole).

Krotoschin. Dr. v. Szadkowski (Vole).

Wielan-Schilberg. Fürst Radziwill (Vole).

Garlikow-Kolmar. v. Gollmar (Kath.).

Witp-Schubin. Graf Elorowski (Vole).

Bromberg. Hahn (Kath.).

Nowogard-Woglin. v. Rosielski (Vole).

Grafen-Wongrowitz. Dr. v. Ghelmski.

In der früheren Vertretung hat sich nichts geändert.

Sachsen.

Wangleben. Benda's (nat.) Wahl mit großer Majorität gesichert.

Calbe-Merseleben. Diege's Wahl gesichert.

Halle-Saalkreis. Stichwahl zwischen Täglichbed und Dr. Meyer (Kath.). Herr Täglichbed ist, wie berichtet werden muß,

nicht wie gestern irrig angegeben, freikonservativ, sondern national-liberal.

Westfalen.

Mielefeld-Biedenfeld. (Priv.-Tel.) v. Lins (Kath.) gewählt. Er erhielt 10 266, v. Kleinorg (Centr.) 1152, Kiefer (Kath.) 1372, Zwiener (Soz.) 2703 St.

Hagen. Richter (Kath.) mit 10931 St. gewählt, v. Epner (nat.) 7637 St., Breit (Soz.) 2527 St.

Altens-Neuloh. Stichwahl zwischen Langerhans (Kath.) und Reinhold (nat.).

Wodum. Haarmann (nat.) mit 80 000 St. gewählt.

Paderborn-Bären. Heße (Centr.) mit großer Majorität gewählt.

Rheinprovinz.

Arefeld. Trimbora (Centr.) mit 12 982 St. gewählt, Seyffardt (nat.) erhielt 5975 St.

Duisburg. Hammacher (nat.) gewählt mit 19 700 St. gegen Kieber (Centr.) mit 12 007 St.

Renne-Mettmann. Stichwahl zwischen Friedrichs (nat.) mit 14244 und Schmidt (Kath.) mit 8629 St.

Solingen. Stichwahl zwischen Schumacher (Soz.) und Melbed (Kathol.).

Kachen-Ennen. Bod (Centr.) wiedergewählt.

W.-Glabach. von Kieber (Centr.) wiedergewählt.

Hannover.

Leer-Emden. Wahl von Hüls (nat.) unzweifelhaft.

Osterdorf-Reinhard. (Priv.-Tel.) Gehhards (nat.) Wahl gesichert.

Osabrück. (Priv.-Tel.) Stichwahl zwischen Struckmann (nat.) und v. Scheele (Vole).

Meppen. Wiederwahl Windthorst's scheint sicher.

Göttingen. Für Prof. Geyer (nat.) bis jetzt 9007 St. gezählt, für Göt v. Dlenhausen (Vole) 4618 St.

Schleswig-Holstein.

Altona. Wiederwahl Krohne's (Soz.) als sicher zu betrachten.

Hessen-Nassau.

Kinteln-Hofgeismar. (Priv.-Tel.) Dettler (nat.) gewählt.

Schwegen-Schwallbach. (Priv.-Tel.) v. Christens (Kath.) Wahl gesichert.

Kassel-Melsungen. (Priv.-Tel.) Werrauch (Kath.) 11 450, Händl (Kath.) 1580, Werrauch (Soz.) 6940, Bödel 158 St. Werrauch Vertreter (Kath.).

Niederrhein.

Glauchau-Meerane. Reusner (nat.) 13 734, Kuer (Soz.) 10 195 St. 7 Landorte fehlen noch. Wahl Reusner's scheint gesichert.

Wittweide. (Priv.-Tel.) Stützgen (Kath.) gewählt mit 15 788 gegen Kiehnicht 7654 St.

Winnabera. Holmann (nat.) gewählt.

Stadtfeld-Elpzig. Der national-liberale Kandidat wurde wiedergewählt.

Wausen. Reich (Kath.) wiedergewählt.

Tharandt. Adersmann (Kath.) wiedergewählt.

Wieschen. v. Friesen (Kath.) gewählt.

Wittau. Berichtung. Stichwahl zwischen Haebler (Kath.) und Hildeberg (Kath.).

Wobbeln. Rietzhammer (nat.) mit 10 887 St. gewählt.

Waren. (Kath.) erhielt 2433, Hofmann (Soz.) 3052 St.

Worren. v. Frege (Kath.) mit 18 199 St. gewählt.

Kirchberg-Neubach. Kurz (Kath.) gewählt.

Wahren i. W. Hartmann (Kath.) gewählt.

Wismar-Sandow. (Priv.-Mitth.) Gehlert (freikonservativ), fetthetiger Abgeordneter, bis jetzt 6609 St., Soz. Sozialdemokrat, 2114 St. Die Wahl Gehlert's ist gesichert.

Wätern.

Wärzburg. Stichwahl zwischen Noß (Centr.) und Reubeder (Volkspart.).

Wismar-Stadt. Der Sieg des liberalen Kandidaten Keller mit wenigstens 1000 St. Majorität gesichert.

Wismar. Seyboldt (nat.) mit 3500 St. Majorität gegen Kroeber (Demokr.) gewählt.

Wismar. Wunnenlich (nat.) mit ca. 9000 St. gewählt.

Wien.

Manneheim. Dissen (nat.) bis jetzt 12 418 Stimmen, Rohu (Demokr.) 4583, Dreßbach (Soz.) 5104 St. Wahl Dissen's gesichert.

Waden-Waden-Rastatt. Reuder (Centr.) 6449, Erdin (nat.) 4717 St. Mehrere Landbezirke noch ausstehend; Reuder's Wahl unzweifelhaft.

Wiesheim-Eppingen. (Priv.-Mitth.) v. Goeler (Kath.) gewählt.

Wiesheim-Kenzlingen. (Priv.-Mitth.) Glänzendes Resultat für Engler (nat.).

Wiesheim-Schillingen. (Priv.-Tel.) Kraft (nat.) gewählt mit 10 875 gegen Schuler (Centr.) mit 6185 St.

Karlruhe-Buchsal. Staatsanwalt Fieser (nat.) mit 12 343 St. gewählt, Dr. Lipp (Volkspart.) erhielt 6343 St., Ged (Soz.) 2736 St.

Offenburg. Degenfeld (nat.) mit 10 125 St. gewählt, Weber (Centr.) erhielt 7770 St., Ged (Soz.) 735 St.

Konstanz-Weberlingen. (Priv.-Tel.) Koppel (nat.) 14 070, Mehre (Centr.) 5740 St., Koppel gewählt.

Willingen. (Priv.-Tel.) v. Hornstein (Kath., für Septennat) ohne Gegenkandidat gewählt.

Wiesheim. (Priv.-Tel.) Klump (nat.) wiedergewählt mit 4254 Stimmen Mehrheit.

Hessen.

Darmstadt-Großgerau. Ulrich (nat.) 11 623, Müller (Soz.) 4016, Richter (Kath.) 2433 St.

Wiesheim. Wiederwahl von Suderus (nat.) mit großer Majorität gesichert.

Offenbach. (Priv.-Tel.) Bis jetzt Böhm (nat.) 11 007, Kiehnicht (Soz.) 7957, Noß 2969 St. 10 Landorte stehen noch aus. Es handelt sich um wenige Stimmen, ob es zur Stichwahl kommt.

Wiesheim-Erbach. Scrip (nat.) mit großer Majorität gewählt.

Wiesfeld. (Priv.-Mitth.) Kalle glänzend gesiegt.

Wiesfeld. (Priv.-Mitth.) Miquel gewählt.

Oldenburg.

Weshta. Die Wahl des Grafen von Balen (Kath.) gesichert.

Elbsachsen.

Strahburg i. E. Nach hier vorliegenden Nachrichten sollen in Strahburg (Land), Biedenhausen, Saarburg, Forbach, Hagenau, Schleifstadt, Rappoltsweiler, Gebweiler, Altkirch und Colmar die bisherigen Abgeordneten Mähleisen, v. Abend, Germain, Jantz, Dietrich, Lang, Simonis, Querber, Winterer und Grad wiedergewählt sein.

Wies Stadt und 132 Landgemeinden. Antoine 12875, Reimlinger (deutscher Kandidat) 5839. Wahl Antoine's erscheint unzweifelhaft.

Wiesheim-Erfeln. Der bisherige Abg. Born von Bulach unterlag, Dr. Sieffermann mit großer Majorität gewählt.

Württemberg.

Stuttgart. Kief (Soz.) 4401, Schott (Demokr.) 4374, Siegle (nat.) 15311. Letzterer gewählt.

Schwaben-Alb.

Wiesburg. (Priv.-Mitth.) Definitives Resultat: v. Dheim (Kath.) 3790, Hamsch (Kath.) 3346, Meier (Soz.) 185 St.

Sachsen-Meiningen.

Meiningen. Reiz (nat.) wiedergewählt, bis jetzt 7206, Baumach (Kath.) 4053 St.

Waldeck.

Waldeck. Böttcher (nat.) gewählt.

Braunschweig.

Wolfenbüttel-Helmstedt. Bömer (nat.) wiedergewählt.

Sonderhausen.

Sonderhausen. (Priv.-Tel.) Wahl Dr. Deahna (nat.) scheint mit 700 Stimmen Majorität gesichert.

Sachsen-Meimar.

Zena. (Priv.-Tel.) Dr. Meyers (nat.) Wahl gesichert; bis jetzt 7272, Hermining (Kath.) 1008, Kießer (Soz.) 505 St.

Frankreich.

Paris, 20. Februar. Die russische Presse bemüht sich, die Franzosen den Kopf zu verdrehen. Zuerst die deutsch-eindlichen und französisch-russischen Artikel der verschiedenen Petersburger und Moskauer Journale, worin den Franzosen der Beistand Russlands gegen den gemeinschaftlichen Feind zugesichert wird, sodann die eifrige Auslösung aus Petersburg in der „Politischen Korrespondenz“, worin die gleichen Gefinnungen und Forderungen ausgedrückt werden, und heute eine „Staatsmännische“ Darstellung der Situation in dem speziellen Organe des russischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, dem in Brüssel jetzt als Wochenblatt erscheinenden „Nord“, welche ebenfalls darauf berechnet ist, den Franzosen Muth einzusößen, wenn es ihnen daran fehlen sollte. Der Artikel soll den Franzosen das Gefühl der Unversicht beibringen, daß sie sich vor Deutschland nicht zu fürchten brauchen, da jedenfalls ein Theil der deutschen Macht an der russischen Grenze zurückgehalten sein werde, wenn der Kampf zwischen Deutschland und Frankreich ausbrechen sollte. Wie der „Temps“ heute Abend sehr richtig sagt, handelt es sich um einen wirklichen Preß-Krieg, und zwar zu Gunsten einer russisch-französischen Allianz, welche den Franzosen gleichsam auf dem Präsentirteller angeboten wird. Es ist heute noch nicht möglich, über den Eindruck dieser russischen Anerbietungen auf die öffentliche Meinung zu berichten; ich habe aber einigen Grund zu der Annahme, daß die Regierung ihr Möglichstes thun wird, um die Presse zu verhindern, daß sie sich durch diese russischen „Ernuthigungen“ zu neuen Ausdehnungen und Provokationen gegen Deutschland hinreißen läßt. Wir wollen hoffen, daß diese Bemühungen, welche ein richtiges Verständnis der Situation bedürfen, erfolgreich sein werden.

Es heißt heute zum zweiten oder dritten Male, daß die Rechte und die Opportunisten ein Komplott zum Sturz des Kabinetts Götzel geschmiedet haben. Man soll nämlich beachtlichen, die allerdings gar zu eigenthümliche Stellung, welche das Kabinet in der Debatte über die Erhöhung des Getreidesolles einnimmt, zu benutzen, um dasselbe zu stürzen. Es würde nämlich vor Beendigung der Debatte der Antrag gestellt werden, das sich das Ministerium und nicht bloß der Ackerbau-Minister für oder gegen die Vorlage erkläre und auf die Weigerung des Kabinetts-Präsidenten würde eine Abstimmung erfolgen, in welcher man hofft das Ministerium in die Minorität zu bringen. Das Gelingen dieses Anchlages dürfte denn doch sehr zweifelhaft sein.

Aus dem Reich und den Provinzen.

Wien, 20. Februar. Die sozialistische Agitation unter den polnischen Arbeitern ist gegenwärtig fast vor den Wahlen in Wien eine ziemlich rege. In der vergangenen Nacht wurde auf den Straßen der Stadt, wie dies bekanntlich schon öfter geschehen ist, eine sozialistische kleine Broschüre in polnischer Sprache in zahlreichen Exemplaren verbreitet. Dieselbe führt die Aufschrift: „Einige Worte an die polnischen Arbeiter“, und ist wahrscheinlich in der Schweiz, speziell für die Wahlen, gedruckt worden. In Folge der sozialistischen Agitation haben denn auch unter polnischen Arbeitern mehrfache Verhaftungen stattgefunden. In Wien sind nach zuvor abgehaltener Untersuchung zwei polnische Schmiedmeister, in Kruttschinn am 13. d. M. vier holländische Arbeiter wegen Verbreitung sozialistischer Ansichten in polnischer und deutscher Sprache verhaftet worden. — Bropp Rubecak in Kion, der erste der Staatskassierer in der Provinz Wien während des Kulturkampfes, hat nunmehr gleichfalls auf die Wahlen, welche er ca. 13 Jahre lang innegehabt hat, resignirt. (Wol. Ztg.)

Parlamentarische Nachrichten.

Der neue Deutsche Almanach wird sobald als nur traend nachdrucklich den Stichwahlen erscheinen. Die neu gewählten Reichstags-Mitglieder werden gebeten, ihre kurzen biographischen Notizen mit möglichst vollständiger Angabe an den Herausgeber des Almanachs, Herr Dr. Georg Hirth in München, einzusenden.

Berliner Nachrichten.

Der Kaiser und die Kaiserin hatten die gestrigen Abendstunden im Palais verbracht und später eine kleinere Gesellschaft bei sich gesehen. Heute Vormittag hörte der Kaiser zunächst die Vorträge des Grafen Perponcher und des Polizeipräsidenten Frhr. v. Moltke und empfing den General Wiede und den Generalleutnant v. Minckwitz. Mittags arbeitete der Kaiser längere Zeit mit dem General v. Albedyll und hatte eine Konferenz mit dem Kriegsminister. Am Abend findet, wie bereits bekannt, bei den Majestäten im Weißen Saal des Schlosses eine Ballgesellschaft statt, zu der über 1600 Einladungen ergangen sind.

Der Kronprinz wohnte gestern Vormittag im königlichen Palais der Kommissions-Sitzung über den Ausbau der Schlosskirche zu Wittenberg bei und nahm später mehrere Vorträge entgegen. Am Abend besuchten der Kronprinz und die Kronprinzessin das Ballfest beim Herzog und der Herzogin von Ujest.

Die Betheiligung der Wähler Berlins an dem Reichstagswahl war noch nie so lebhaft als wie bei dem gestrigen Wahlkampf. In allen sechs Wahlkreisen zusammen wurden bekanntlich von 315 114 eingeschriebenen Wählern 222 929 gültige Stimmen abgegeben. Das sind 70,7 Proz., während 1884 nur 62,2 Proz., 1881 58,6 Proz., 1878 63,9 Proz., 1877 62,1 Proz., 1874 62,1 Proz., und 1871 nur 52,1 Proz. der Wahlberechtigten erschienen. Am stärksten war die Betheiligung im dritten Wahlkreis, nämlich 80,9 Proz., gegen 72,2 Proz. im Jahre 1884, dann folgt der erste mit 80 Proz. (gegen 74,2), der zweite mit 77,9 Proz. (gegen 52,9), der fünfte mit 74,4 Proz. (gegen 66,7), der vierte mit 71,7 Proz. (gegen 69,2) und der sechste mit 68,5 Proz. (gegen 68,2). Von den gestern abgegebenen gültigen Stimmen sind 31 Prozent auf die Kartellkandidaten, 28 Proz. auf die Kandidaten der deutsch-freikämpferischen Partei und 41 Proz. auf die sozialdemokratischen Kandidaten gefallen.

Das Gericht im Haag hat die Beulensteten, durch deren Unvorsichtigkeit das Kurhaus in Scherdingen im vorigen Sommer abgebrannt war, von der seitens der Staatsanwaltschaft gegen sie erhobenen Anklage der fahrlässigen Brandstiftung freigesprochen. Uebrigens ist am Wiederaufbau des Kurhauses schon seit einigen Monaten eifrig gearbeitet worden, das Gebäude steht in seinen Umfassen schon vollständig da und wird mit dem Eintritt der Badzeit vollendet sein. Heutefest aus Heidelberg leitet auch dieses Mal wieder der Bau und Julius Schöber aus Düsseldorf Oberbaurat ebenfalls wieder die gesamte Eisenkonstruktion geleitet. Das Gebäude wird jetzt durchaus mit kleineren Treppen versehen.

Sonnabend, 26. Februar, Abends 8½ Uhr, findet ein Karabane-Feier im Berliner Handwerker-Verein statt.

Am 21. Februar brachte und das letzte diesjährige Montagabonement der Herren Bischoff und Helmich. Es erfreute sich der Mitwirkung der Frau Sochim, und fand in der Zuhörerräumen der Singakademie keinen Mangel an Beifall. Zwei Brahmanische Kleder mit obligater Beise, „Gefühlsschmerz“ und „Gefühlsschmerz“, ferner vier der bekanntesten „schottischen Lieder“ von Beethoven. Deutlich gewahrt man in den ersten der komponierten Eigenart. Seine Vertiefung in den Empfindungsgehalt der Worte, die auf allen freudlichen Tönen und verächtlichen Reue und Vornehmheit des Ausdruckes. Die fröhliche Wiederbege wurde ihnen zu Theil. Trefflich verstand es der Vortrag, dieser freud dem ersten, Erhabenen zugewandten April die Junge zu lösen. Daß er in seinen auch hellere Töne anzuschlagen vermag, bewies die Ausführung des „der schottische Sub war heutig“ und des „das Mädchen in unserm Sträßen.“

in steigender Richtung, Niederwaldbahn gedruckt. Stamm Prior.

den steigenden Mining, insbesondere in Rumänien, ist jetzt behauptet. Die österreichische, Schweizer und russische Bahnen still. Den letzten waren Kurs-Raum (m. 1) gefragt. Das Geschäft in Kassaufen verlief ruhig bei wenig veränderten Courten. Berg- und Hüttenwerke still. Harzort Bergwerk wurde besser bezahlt. Niedriger stellten sich: Braunschweiger Kohle und Bismarckhütte. Von den sonstigen Industriebetrieben zogen an: Stettiner Vulcan (m. 2), Pommer'sche Maschinen (m. 1), Wegmann (m. 1), Stettin-Bredow (m. 0,50), Schminke (m. 1,50), Altenburger (m. 0,50), Zbiertgarten (m. 1,40), Asphalt (m. 0,15), Zeiger (m. 4), Omnibus (m. 1), Berliner Maschinenfabrik (m. 1,50) und Gdert (m. 1,50). Niedriger stellten sich: Löwe (m. 2), Große Pferdebahn (m. 1,90) und Teubert (m. 1,25). Inländische Anlagemette vorwiegend fest aber still. 4proz. Konsols bühnen 0,05, Reichsanleihe 0,15 Proz. ein. Österreichisch-ungarische Prioritäten fest und fast ausnahmslos etwas höher. Russische Prioritäten konnten sich recht gut behaupten. Die Notierungen der fremden Wechsel wiesen keine nennenswerthen Veränderungen auf. Privatdiskont 2½ Proz.

Course um 2½ Uhr per ultimo Februar. Kredit 454,00, Franzosen 336,00, Lombarden 144,50, Diskonts 190,62, Deutsche Bank 154,75, Berliner Handels-Gesellschaft 146,75, Dortmunder Union 61,50, Laurahütte 80,62, Bochum 119,50, Meßenerberg 142,90, Mairner 91,62, Marienburger 36,00, Oßnabrücken 64,50, Galszig 79,75, Gottfahdbahn 97,25, Mittelmeer 111,12, Türken 13,00, Serbische Rente 76,75, Rente 78,75, 4proz. ungar. Goldrente 77,37, 4proz. Aegyptier 71,62, Spanier 63,12, Afrikanische Tabak-Union 71,00, Italiener 95,00, 1871-73er Russen 92,37, 1880er Russen 80,00, 1884er Russen 93,50, III. Orient 55,87, Russ. Noten 183,75, Tendenz: Fest.

Verstaatlichte Eisenbahn-Stamm-Aktien.)						
	Stück.	5	5	1/1	1/7	—
Elisabeth-Ber.B.	5	5	1/1	1/7	—	—
Fränz-Josefsbahn	5	5	1/1	1/7	—	—
Kronpr.-Rudolfsb.	4	5	1/1	1/7	71,60	h ₃ G
Niederöfsl. Märt.	4	4	1/1	—	101,25	G
Staragar-Böjener	4	4	1/1	1/7	104,75	B
Donau-Donau	5	5	1/1	1/7	76,75	h ₃ G
Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.						
Nachen-Zülich	5	1/1	1/7	102,35	h ₃	
Berg. Märt. III. A. B. C.	3	1/1	1/7	98,30	B	
do. V. VII. VIII.	4	1/1	1/7	101,20	B	
do. IX. Ser.	4	1/1	1/7	101,50	G	
do. Märt. (Nordb.) conv.	4	1/1	1/7	—	—	
Berlin-Anhalt. Lit. C.	4	1/1	1/7	101,00	G	
do. (Oberlausitzer)	4	1/1	1/7	—	—	
Berlin-Dresdener gar.	4	1/4	1/10	101,70	h ₃ G	
Berlin-Gröfzher Lit. B.	4	1/1	1/7	—	—	
Berlin-Hamburg. III. G.	4	1/1	1/7	—	—	
Berl.-Potsd.-Magbg. A.C.	4	1/1	1/7	100,90	G	
Berlin-Stettiner	4	1/4	1/10	100,90	B	
Braunschw. eigige	4	1/1	1/7	107,00	B	
do. Landesbahn.	4	1/1	1/7	100,00	B	
Bresl.-Schweidn.-Freib. H.	4	1/4	1/10	101,10	G	
do. Lit. K.	4	1/1	1/7	101,10	G	
do. de 1876	5	1/4	1/10	101,10	G	

Wöln-Mindener	IV. Ctn.	4	1/4	1/10	101,25	⊖
do.	V. Ctn.	4	1/1	1/7	—	—
do.	VI. A. B.	1	1/4	1/10	101,60	⊖
do.	VII. Ctn.	1	1/1	1/7	101,75	⊖
Deutsch-Nordlicher Elbhd		1	1/1	1/7	93,75	⊕
Halberstadt-Blankenburg		4	1/1	1/7	100,50	⊕
Holsteinsche Marshbahn		4	1/1	1/7	—	—
Lübeck-Büchen gar.		4	1/1	1/7	—	—
Magdebg.-Halberst. d. 1865		4	1/1	1/7	100,80	⊕ Ⓢ
do. d. 1873		4	1/1	1/7	100,80	⊕ Ⓢ

do.	Bayr. L. A.	4	1/1	1/7	103,80	⊘
do.	Lit. B.	4	1/1	1/7	—	—
do.	Wittenb.	3	1/1	1/7	89,50	⊘
Mainz-Budwigsh.	68,69	4	1/1	1/7	—	—
do.	75,76,78 conv.	5	1/3	1/9	101,20	⊘
do.	74 conv.	4	1/4	1/10	—	—
do.	v. 1881	4	1/2	1/8	—	—
Niederschles. Märk. I. Ser.		4	1/1	1/7	—	—
do. II. Ser. 62 1/2 Zhlr.		4	1/1	1/7	100,75	⊘
do. Oblig. L. u. II. Ser.		4	1/1	1/7	101 1/2 III. 103,80	—
Nordh.-Grünert I. Em.		4	1/1	1/7	—	—
do.	do. II. Em.	4	1/1	1/7	—	—
Oberschlesische Lit. B.		3	1/1	1/7	—	—
do.	Lit. D.	4	1/1	1/7	—	—
do.	Lit. E.	3	1/4	1/10	—	—
do.	Lit. F. I. Em.	4	1/4	1/10	—	—
do.	Lit. G. H.	4	1/1	1/7	—	—
do.	Em. v. 1873	4	1/1	1/7	101,10	⊘
do.	Em. v. 1879	4	1/1	1/7	105,80	⊘
do.	Em. v. 74, 80	4	1/1	1/7	—	—
do.	Em. v. 1883	4	1/1	1/7	—	—
do.	Niederschles. Zw. g.	3	1/1	1/7	—	—
do.	(Stargard-Posen)	4	1/4	1/10	—	—
Österr. Südb. A. B. C.		4	1/1	1/7	102,50	b ₃ ⊘
Rechte Oderufer		4	1/1	1/7	101,25	⊘
Rheinische		3	1/1	1/7	—	—
do.	v. 58 u. 60	4	1/1	1/7	101,20	b ₃
do.	v. 62, 64, 71, 73	4	1/4	1/10	101,20	b ₃
Sealbahn		3	1/1	1/7	95,10	⊘
Schleswig-Holsteiner		4	1/1	1/7	101,25	b ₃ ⊘
Thüringer VI. Em.		4	1/1	1/7	100,80	⊘
Wilmars-Geraer		4	1/7	1/7	100,75	⊘
Werrabahn I. Em.		4	1/1	1/7	—	—
(Verkauflichte Eisen- u. Prioritäts-Oblig.)						
zum Bezug von Pr. 3 1/2% Coups abgestempelt						
Bergh.-Märkische IV.		4	1/1	1/7	98,40	b ₃ ⊘
Berlin-Potsd. D.		4	1/1	1/7	98,40	b ₃ ⊘
do.	do. E. F.	4	1/1	1/7	98,40	b ₃ ⊘
Coln-Mindener I.		4	1/1	1/7	98,40	b ₃ ⊘
Halle-Oran. C.		4	1/1	1/7	98,40	b ₃ ⊘
Lehring. I. III. IV. V.		4	1/1	1/7	98,40	b ₃ ⊘
Coln-Mindener III.		4	1/4	1/10	98,50	b ₃
Rheinische 65—69		4	1/4	1/10	98,50	b ₃
Nach-Prastischer		4	1/1	1/7	99,00	⊘
Albrechtsbahn gar.		5	1/5	1/11	77,50	⊘
Böhmische Nordb. Gold		4	1/1	1/7	99,00	⊘
Buřktheder Gold-Obl.		4	1/4	1/10	—	—
Dur-Bodenbach		5	1/1	1/7	85,00	fl. —
do.	II. Em.	5	1/4	1/10	84,00 III. 103,50	—
Dur-Prag Gold-Pror.		5	1/1	1/7	106,00	⊘
do.	do.	4	1/1	1/7	97,40	⊘
Elisabeth-Weib. Gold-P.		4	1/4	1/10	99,00	⊘
Frank-Sofsbahn		4	1/4	1/10	74,50	⊘
Königlichen-Bars gar.		5	1/4	1/10	79,10	⊘
Salz. Karl-Ludwigsb. gar.		4	1/1	1/7	78,10	b ₃
do.	do. 1882	4	1/1	1/7	77,00	⊘
Gotthardbahn III. Serie		5	1/4	1/10	—	—
do.	IV. Serie	5	1/1	1/7	104,90	⊘
do.	conv.	4	1/1	1/7	100,50	⊘
Kaiser Ferd.-Nordbahn		5	1/5	1/11	92,30	⊘
do.	do.	4	1/1	1/7	78,90	b ₃ ⊘
Kais. u. Odersberg gar.		5	1/1	1/7	78,20	b ₃ ⊘
do.	do. Gold-Pror. g.	5	1/1	1/7	100,10	⊘
Kronprinz.-Nobelsbahn		4	1/4	1/10	71,70	⊘
do.	Schulzammergut	4	1/4	1/10	97,15	b ₃

[illegible]